



Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seliger Straße 52, IV., Volkshaus
Telephonat 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige
Reizzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 47.

Sonnabend, den 24. November 1917.

21. Jahrgang.

Die Unternehmerpresse und § 153 der Gewerbeordnung.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Juristen alles befehlen können, und daß es unter ihnen Künstler gibt, die weiß schwarz zu machen wissen und umgekehrt. Diese schuldverdreherische Fähigkeit tritt deutlich zutage in einem Artikel der Deutschen Arbeitgeberzeitung, dessen Verfasser, ein gelehrter Doktor, es fertig bringt, die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung als einen Eingriff in die Freiheit der Arbeit nachzuweisen. Im Schweigehaus eines Angelegten müht sich der gute Mann ab, seinen Lesern zu machen, daß es eine Forderung der Gerechtigkeit sei, eine Vorbedingung persönlicher Freiheit sei, den erwähnten Paragraphen auch fernerhin in Geltung zu belassen. Seine Leser, die Scharfmacher und Herrenmenschen, haben dies ohnehin, und so ist sein Bemühen eigentlich vergeblich; desto wertvoller aber ist der Artikel für die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, die daraus erkennen können, wie der Wind in den maßgebenden Kreisen weht und was sie zu erwarten haben, wenn erst wieder normale Verhältnisse in unserm Wirtschaftsleben sein werden. Darum wollen wir die juristischen Lüsteleuten einmal unter die Lupe nehmen.

Der Verfasser des betreffenden Artikels entrüftet sich zunächst darüber, daß von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie neuerdings mit immer größerer Entschiedenheit verlangt werde, den § 153 aus der Gewerbeordnung zu entfernen, weil er dem gerechten Empfinden des Volkes widerspreche und in sittlicher Beziehung geradezu verheerend wirke. Er sucht aus der Geschichte der Gewerbeordnung nachzuweisen, daß durch den § 152, der alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende und Arbeiter gegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen aufhebt, die Koalitionsfreiheit keineswegs proklamiert worden sei. Das sei ein Irrtum; die Koalition und der Streik seien deshalb gestattet, weil sie nicht mehr verboten, nicht mehr, weil sie erlaubt seien. Aus der kniffligen Juristenprache des christlichen Deutsches übersetzt heißt das, daß die Arbeiter sich organisieren und streiken dürfen, falls sie nicht dadurch gegen die allgemeinen Strafgesetze verstoßen. Von der Gewährung einer Koalitionsfreiheit könne gar keine Rede sein, man habe kein neues Arbeitsrecht schaffen wollen, nur umern habe man jene Verbote und Strafbestimmungen beibehalten, weil man nicht mit Unrecht die schlimmen Folgen einer schrankenlosen Koalitionsfreiheit fürchtete. Es war nicht die Absicht des Gesetzgebers, so behauptet der Jurist, die persönliche Freiheit des Arbeiters bedingungslos der Masse auszuliefern, im Gegenteil, der einzelne Arbeiter solle gegen die Koalition geschützt, seine freie Entschließung über die Lohnbewegungen und Streiks gewahrt bleiben. Wenn wir die Koalitionsfreiheit proklamieren, lautet der Ausspruch des damaligen Referenten Laster, „so wollen wir sie auch proklamieren für die, die sich der Vereinigung nicht fügen wollen, weil sonst die Freiheit der Vereinigung einen Vereinigungszwang umgewandelt würde.“ Deshalb sollte die Vereinigungsfreiheit durch die entsprechenden Strafbestimmungen geregelt, das heißt durch Strafbestimmungen eingeschränkt werden. So entstand denn der § 153 der Gewerbeordnung, wonach der, der andre durch Anwendung unzulässigen Zwanges, durch Drohungen, Ehrverletzungen oder Verhöhnung zu bestimmen sucht, an den im § 152 bestimmten Verabredungen teilzunehmen, oder wer sie hindert, von solchen Verabredungen zurückzutreten, mit Gefängnis bestraft wird. Nach der Meinung des Juristen der Arbeitgeberzeitung ist dies ein Paragraph, der aus großartigen, hochherzigen Grundgedanken hervorgegangen ist, der jedem freiheitsliebenden Menschen sympathisch sein muß, weil er die Freiheit und Gleichheit des einzelnen Bürgers vor dem Geleze gewährleistet.

Hier zeigt sich wieder einmal deutlich, wie sehr Recht und Moral von den wirtschaftlichen Interessen beeinflusst wird, und in welcher auffälliger Weise die rechtlichen und moralischen Begriffe durch den Geldbeutel verunstaltet werden. Jeder parteiisch urteilende Sachkenner gibt ohne weiteres zu, daß der berüchtigte § 153 dem Recht und der Moral gegenüber ins Gesicht schlägt, weil er sich in der Praxis ausschließlich gegen die Arbeiter und ihre Koalitionen wendet, weil er selbst einen moralischen Zwang, der in Wahrheit berechtigter Interessen angewandt wird, mit Freiheitsstrafe bestraft, weil er Streikbrecher und wortbrüchige Unternehmer schützt, während er die um eine Hebung ihrer Lebenslage kämpfenden Proletarier unter eine Ausnahmegegesetzgebung stellt und weil er endlich geradezu eine Prämie setzt auf unsozialistisches, selbstsüchtiges Handeln und elendes, schamloses Schmarotertum. Wie die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen über diesen Paragraphen urteilen, ist genügend bekannt; sie haben seit Jahrzehnten gefordert, daß es Scherz endlich in die Wollschlucht geworfen werde, und da kommt ein Rechtsgelehrter her und singt ein Loblied auf diesen Paragraphen, den er einen Hort der Freiheit nennt. Um diese seine Auffassung zu rechtfertigen, schildert er in den düstersten Farben das Vorgehen der organisierten Arbeiter gegen ihre unorganisierten Kollegen, die an einem

Streik nicht teilnehmen wollen. Hier habe sich ein Zustand mittelalterlichen Faustrechts herausgebildet; die modernen Lohnkämpfer übten eine Gewalt Herrschaft über Geist und Körper ihrer freiheitlich gesinnten Kollegen aus, wie sie kaum das düstere Mittelalter gekannt habe. Jahrhundertlang hätten wir Deutschen um die Befreiung aus Sklavensesseln gerungen, und nun seien die Gewerkschaften mit Macht darauf aus, uns wieder in neue, noch schlimmere Fesseln zu schmieden. Und mit dem höchsten Pathos eines Schmierenschauspielers schließt er seinen Lobgesang: „Wenn wir überhaupt den modernen Rechtsstaat und sein Prinzip wahreren wollen (es hat wahrlich genug des Blutes gekostet, bis es erreicht war), wenn wir nicht alles herzugeben geben, was bisher groß und erhaben schien, dann müssen wir jedem Arbeiter seine Freiheit wahren und ihn vor der Wut derer beschützen, die nicht so wollen wie er. Der deutsche Arbeiter mit seiner hohen Intelligenz und seiner gehobenen Bildungsstufe ist zu gut, als daß man ihn zum Sklaven einer Mehrheit macht. Darum muß der § 153 der Gewerbeordnung mindestens beibehalten, wenn nicht gar verschärft werden. Hier stehen hohe, ideale Interessen auf dem Spiele. Eine Beseitigung dieses Paragraphen darf während des Krieges überhaupt nicht vorgenommen werden. Dagegen muß protestiert werden im Namen aller Millionen, die heute dem Vaterlande dienen und dadurch wehrhindert sind, bei dieser Entscheidung mitzusprechen. Es ist das mindeste, was der Deutsche nach diesem Kriege fordern kann: daß ihm die Freiheit seiner Entschließung in Sachen seiner Arbeit bleibt. Ihm ganz allein!“ Wenn man diesen Phrasenschwall seiner Umhüllung entkleidet, so bleibt nichts anderes übrig, als die Absicht, den unorganisierten und Streikbrechern Honig ums Maul zu schmieren, um sie durch den Dunst falscher Freiheit einzuschleusen, damit sie sich willig als Opfer kapitalistischer Ausbeutung mißbrauchen lassen. Ein denkender, klassenbewußter Proletarier hat für ein solch durchsichtiges Manöver lediglich ein Gefühl des Ekel und der Verachtung, denn er weiß, daß die wirkliche Freiheit der Arbeit nur reift und gesichert ist unter dem Schutze der Organisation und daß die Organisationslosigkeit die aus der Selbstsucht und der Kurzsichtigkeit entspringt, mit Notwendigkeit zur Knechtschaft und ins Elend führt. Ohne Organisation keine Freiheit — diese Wahrheit kann dem deutschen Arbeiter nicht mehr aus dem Herzen gezischt werden.

Die Rechtsinstitute der freien Gewerkschaften.

Trotz der durch den langen Kriegszustand verursachten Erschwernisse sind auch im verflochtenen Jahre die Arbeitersekretariate ihren Aufgaben gerecht geworden. Allerdings war ihre Tätigkeit nicht so umfangreich wie in den letzten Friedensjahren. Die Einberufungen zum Seeresdienst haben den Sekretariaten so manche wertvolle Arbeitskraft genommen, die nicht so leicht ersetzbar ist. Es bestanden 1916: 190 Arbeitersekretariate, die von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden unterhalten wurden. An der Statistik sind 119 beteiligt. Diese wurden im Jahre 1916 insgesamt von 526 365 Personen in Anspruch genommen, darunter waren 392 716 = 74,6 Prozent Arbeiternehmer oder Angehörige solcher; 276 652 Auszubildende = 52,9 Prozent der Gesamtzahl, gehörten gewerkschaftlichen Organisationen an. Bemerkenswert ist, daß sich seit Kriegsausbruch die Inanspruchnahme der Sekretariate durch weibliche Personen erheblich gesteigert hat. Sie stieg von 110 994 im Jahre 1913 auf 241 296 im Berichtsjahre. 1013 kamen auf je 100 Besucher 16,2 weibliche, 1916 dagegen 45,8. Diese Erhöhung ist zum Teil zurückzuführen auf die Auskunftserteilung an Kriegsfrauen über Unterstützungsfragen. Aber auch die erhöhte Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben an Stelle der eingezogenen Männer hat wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen.

Insgesamt wurden 558 947 Auskünfte erteilt, darunter 44 414 schriftlich. Erheblich zugenommen während der Kriegszeit hat die Zahl der Auskünfte in Staats- und Gemeindegeldangelegenheiten. Während sie 1913 nur 15,2 Prozent aller Auskünfte ausmachten, stehen sie 1916 mit 150 462 Auskünften = 27,1 Prozent der Gesamtzahl an erster Stelle. Die erhebliche Vermehrung dieser Auskünfte steht mit dem Kriegszustand, Militärwesen und Kriegsfürsorge in Verbindung. Ein Teil der Sekretariate registrierte die Auskünfte über Unterstützungsfragen der Familien von Kriegsteilnehmern unter dem Titel „Gemeinde- und Staatsangelegenheiten“. 85 Sekretariate zählten diese Auskünfte gesondert. Es wurden von ihnen insgesamt 57 673 Auskünfte in Familienunterstützungsfragen erteilt. 127 954 Auskünfte = 23 Prozent der Gesamtzahl, betrafen Fragen des bürgerlichen Rechts. An dritter Stelle nach der Zahl der Auskünfte steht das Gebiet der Arbeiterversicherung mit 125 444 Auskünften, die 22,6 Prozent aller Auskünfte ausmachen. Es kamen auf die Unfallversicherung 59 541, auf die Krankenversicherung 25 353, auf das Anwartschaftswesen 2895 und auf die Invalidenversicherung, einschließlich der Privatangestelltenversicherung, 36 594 Auskünfte. Bei der Invalidenversicherung ist gegen das Vorjahr eine Zunahme der Auskünfte um 2886 eingetreten. Es machen sich auf diesem Gebiete bereits die Invalidenfällen der Kriegsteilnehmer geltend. Von den übrigen Auskünften betrafen 48 578 Arbeits- und Dienstverträge, 22 103 das Strafrecht, 822 das Verweis- und Versammlungsrecht, 3246 die Arbeiterbewegung, 5809 Privatverträge, 2058 Handels- und Generalsachen. Schriftsätze wurden 175 292 angefertigt. Die Verteilung auf die einzelnen Sachgebiete stellt sich folgendermaßen dar: Es betrug die Zahl der Schriftsätze in bezug auf die Arbeiterversicherung 77 260, Arbeits- und Dienstverträge 11 002, Bürgerliches Recht 21 936, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 34 542, Strafrecht

5234, Unterstützungsfragen der Familien von Kriegsteilnehmern 42 292.

Über die persönliche Vertretung von Rechtsfällen vor Körperschaften machten 99 Sekretariate Angaben. Diese übten insgesamt Vertretungen in 4652 Fällen aus. Die Zahl der wahrgenommenen Termine belief sich auf 7873.

Über den Erfolg, den die Sekretariate in den von ihnen behandelten Rechtsfällen erzielten, sind genaue Nachweise nicht zu erbringen. Die Sekretariate sind hier auf Mitteilungen der Rechtsprechenden über den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten angewiesen. Solche Mitteilungen erfolgen jedoch nur in einem verhältnismäßig geringen Umfange. 88 Sekretariate berichteten zusammen über 28 450 Fälle, deren Ausgang bekannt wurde. Von diesen Rechtsstreitigkeiten waren 17 558 erfolgreich und 5892 erfolglos.

Die Unterhaltung der Sekretariate legt den Gewerkschaften erhebliche finanzielle Opfer auf. In der Hauptsache sind es Einrichtungen der Kartelle. Drei Sekretariate werden von der Generalkommission und 13 vom Verband der Bergarbeiter unterhalten. Bei der durch den Krieg verursachten starken Verminderung der Gewerkschaftsmittel wäre es den Kartellen nicht möglich gewesen, die Sekretariate völlig zu erhalten, wenn nicht die Generalkommission durch Zuschüsse besonders bedrängten Sekretariaten finanzielle Hilfe gewährt hätte. Die Gesamtausgabe der an der Statistik beteiligten Sekretariate betrug 576 315 Mk. Von dieser Ausgabe wurden gedeckt 334 306 Mk. aus Kartellkassen, 43 852 Mk. aus direkt für die Sekretariate geleisteten Beiträgen und 34 852 Mk. aus den Kassen beteiligter Organisationen. Unter der letzteren Summe befinden sich 23 702 Mk. des Bergarbeiterverbandes für die Unterhaltung seiner Sekretariate. Die Zuschüsse der Generalkommission belaufen sich auf 74 217 Mk., die von Parteiorganisationen und sonstigen Arbeiterunternehmungen auf zusammen 21 065 Mk. Aus Staats- und Gemeindegeldmitteln wurden an sieben Sekretariate zusammen 10 475 Mk. gegeben. Ein Defizit von 23 877 Mark wurde aus den Kassenbeständen gedeckt.

Bei der regen Tätigkeit, die die Sekretariate durch ihren dem wehrfähigen Volke gewährten Rechtsbeistand entfalten, der in hohem Maße dem allgemeinen Wohl dient, wäre es durchaus angebracht, wenn die Sekretariate in größerem Umfange, als es bisher geschah, Unterstützungen aus Gemeindegeldmitteln erhalten würden. Besonders aber während des Krieges, wo bei dem stark reduzierten Möglichkeiten die Gewerkschaften die finanziellen Opfer besonders heftig empfinden. Der Aufgabenkreis der Sekretariate ist durch ihre Tätigkeit in Kriegsursachenfragen gegen die Friedenszeit bedeutend erweitert. Die Aufrechterhaltung der Sekretariate während der Kriegszeit ist eine dringende Notwendigkeit. Es gereicht den Gewerkschaften zur hohen Ehre, aus eigener schöpferischer Kraft, trotz aller Schwierigkeiten und finanziellen Opfer, die Rechtsberatungsanstalten bisher aufrechterhalten zu haben.

Granitschleiferei-Industrie und Uebergangswirtschaft.

In den Kreisen der Industriellen wird zur Zeit ein Plan des Reichswirtschafts-Amtes lebhaft erwogen, inwieweit einzelne Betriebe zusammengelegt werden können. Dagegen wird nun größtenteils Protest erhoben, weil die individuelle Freiheit zum Tausel gänge. Des weiteren wird erwogen, wie die Valuta, also der Wert unserer Markwährung im Auslande gehoben werden kann. — Um es klar auszudrücken, sei bemerkt, daß die schwedische Krone = 112 Pf., zur Zeit mit 252 Mk. verrechnet wird. Somit setzen die Finanz- und Handelskreise alles in Bewegung, um jetzt schon die Valuta zu heben, besonders aber um dieses nach dem Kriege bestimmt eintreten zu lassen. Wir können ein solches Bemühen, summarisch ausgedrückt, nur ablehnen. Um die Valuta zu heben, ist das Hauptprinzip, die Ausfuhr zu heben, die Einfuhr noch mehr drücken zu können. Und so scheint man in deutschen Regierungskreisen zu erwägen unter anderem auch die Einfuhr von Rohstoffen aus Skandinavien zu verbieten. Im „Deutschen Steinbildhauer-Journal“ schreibt nun ein Mitarbeiter, der mit „Juwier“ zeichnet, über diese Frage unter anderem folgendes:

„Man soll heute noch einmal die Frage beschäftigen, ob von der Ausdehnung des Einfuhrverbots für Rohstoffe aus skandinavischen und nordwestlichen Granit über das Kriegsende hinaus wirklich so viel Vorteile zu erwarten sind, daß dieser harte Eingriff in das Wirtschaftsleben der deutschen Granitschleiferei-Industrie einigermaßen gerechtfertigt erscheinen könnte. Nicht zuletzt möchte ich mich an die Kreise der Steinindustrie wenden, die behaupten, die Granitschleiferei-Industrie brauche kein ausländisches Rohmaterial. Es hat an solchen Stimmen nie gekehrt, und erst neuerdings machen sich Stimmen dafür bemerkbar, daß tatsächlich eine „norddeutsche“ Bewegung besteht, deren Anhänger der patriotischen Traum haben, die Granitschleifereien während der künftigen Friedenszeit in Zukunft nur noch deutsche Granite verarbeiten zu lassen. Im Ernst werden sie ja die Verwirklichung dieses Traumbildens selbst nicht für tödlich halten, da aber solche mit dem Nimbus des Nationalismus umwehnte Ideen ausschließlich auf unbedingte Gewinne doch einen gewissen Einfluß ausüben könnten, ist es nicht schlecht, an dieser Stelle nochmals die unbedingte Notwendigkeit hervorzuheben, die für die deutsche Granitschleiferei-Industrie in der Vermögenslosigkeit für schwedische Rohstoffe besteht. Diejenigen, die unentwegt das Gegenteil behaupten, verankern sich hinter der allerdings traurigen deutschen Valuta, die sich nach ihrer Kinder Mangelhaftigkeit bei uns, wenn die deutsche Granitschleiferei-Industrie darauf verzichtet, Rohstoffe und nordwestliche Rohstoffe einzuführen. Verlassen wir uns doch einmal die Wertminderung der deutschen Mark in Stockholm. Der Normalkurs für eine Tonne dieser Krone betrug 112 Mark, am 16. Januar 1917, am Tag des Zusammenstehens des Einfuhrverbots und nach 1 1/2 Jahresjahre vorher der Krone 172 Mark und jetzt nach weiteren 1 1/2 Jahren und trotz Einfuhrverbots mühen wir 252 Mark für eine Krone zahlen. Könnte man bei einer solchen Entwicklung der Dinge nicht in Betracht kommen, ob einer solchen Vermögensminderung der Valuta durch den Einfuhrverbots zu verzichten? Man darf eben nicht nur von höherer Valuta her, sondern man muß sich auch die Entwicklung vor und nach dem Einfuhrverbots von Augen führen. Der Wert der Krone im Verhältnis des Einfuhrverbots von 1916 zum 1917, also zum Normalkurs, an zu erwarten ist, kann also zum nor-

Wissen mit ganz geringem Lohn, wenn er sich in der Salutarfrage, die...
In vielen Betrieben wird von 7 bis 1 oder doch so ähnlich ge...
Die Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Die neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Die neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Die neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Rundschau.

Auszeichnungen. Das Eisene Kreuz erhielten der Kollege...
Zum außerordentlichen Verbandstag der Arbeiter...
Die Stimmzettel bei den Wahlen zum Reichstag...

Können Arbeiter ihre Wohnung räumen? Das Kammergericht hat kürzlich durch eine Entscheidung...
Die Frau eines Kriegsteilnehmers hatte während des Krieges...
Nicht so groß ist die Gefahr, wenn man 6 bis 2 und von 2 bis...

Briefkasten. Nöthiger. Ist nicht zulässig. — Italienische Front. Mühen...
Nöthiger. Ist nicht zulässig. — Italienische Front. Mühen...
Nöthiger. Ist nicht zulässig. — Italienische Front. Mühen...

Kollegen! Seid unausgesetzt tätig für eure Organisation!

Adressen-Änderungen. Mittelsteine. Vorf. u. Kass.: August Siebemann, Markt...
Mittelsteine. Vorf. u. Kass.: August Siebemann, Markt...
Mittelsteine. Vorf. u. Kass.: August Siebemann, Markt...

Im Felde gefallen sind nachstehende Kollegen:
Joseph Krenels, 20 Jahre alt, aus der Zahlstelle Düsseldorf.
Oswald Schumann, 45 Jahre alt, aus der Zahlstelle Niesha.
Karl Zoll, 44 Jahre alt, aus der Zahlstelle Miltensberg.
Max Eigelmeier, 44 Jahre alt, aus der Zahlstelle Freiburg i. B.
Ehre ihrem Andenken!

Gestorben. Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.
In Ruhland am 27. Mai der Granitsteinhauer Andr. Fritsch (Hilfsgelänger), 32 Jahre alt, an Schwindel.
In Weich am 26. Oktober der Pfastersteinhauer Michel Herrmann, 52 Jahre alt, an Lungentzündung.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staubinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notenabdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft.

Eine Reichskonferenz der Holzarbeiter.

Am 6. und 7. November haben sich, einer Einladung des Vorstandes folgend, 125 Delegierte aus 124 Zahlstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Berlin zusammengefunden, um über wichtige Verhandlungsfragen zu beraten. Die Konferenz beschloss sich mit der Kündigung der am 15. Februar 1918 abzulaufenden Tarifverträge. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes mußte der Konferenz berichten, daß die bisherigen Verhandlungen ergebnislos gewesen sind. Die Ausstrahlung über diesen Gegenstand gipfelte in der Annahme einer Resolution, in welcher die Revision der Klaffen-einteilung als die dringendste Forderung bezeichnet wird. Der Verlängerung der Tarifverträge um ein weiteres Jahr könne nur zugestimmt werden, wenn eine weitere Feuerungszulage gewährt und die vertraglichen Mindestlöhne um den Betrag der Feuerungszulage erhöht werden. Der Vorstand wurde beauftragt, bei etwaigen weiteren Verhandlungen an diesen Forderungen festzuhalten. Für den Fall, daß sie von den Unternehmern abgelehnt werden, sollten die Verträge zum 15. November in allen Städten gekündigt werden.

Ein weiterer Verhandlungsgegenstand war die Neuregelung der Beiträge und Unterhaltungsfrage. Die Vorschläge des Verbandsvorstandes wurden in einigen Punkten geändert unter Aufrechterhaltung des Grundgedankens. Nach den gestellten Beschläffen werden die Beiträge in Höhe von 30 Pfg. bis 1.50 Mk. wöchentlich eingeführt unter Fortfall der Lokalbeiträge. Jede Zahlstelle bestimmt die für den Ort in Frage kommende Beitragssumme. Die Unterhaltungsfrage wurden gelöst und erhöht, am stärksten die Streifenunterstützung. Den deutschen Bauunternehmern bleiben 25 Proz. der Beiträge zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben. Die jetzigen Lokalbeiträge bleiben den Zahlstellen, doch dürfen künftig lokale Beiträge nicht mehr erhoben werden. Mit der Erhebung der höheren Beiträge soll am 1. Januar, mit der Auszahlung der höheren Unterhaltungsbeiträge am 1. Juli 1918 begonnen werden. Die Bestimmungen wurden in der Schlussabstimmung mit allen gegen 6 Stimmen gutgeheißen. Der beste Beweis für die Grundfestigkeit der vorher gestellten Beschlüsse.

Die Beschlüsse der Reichskonferenz in der Beitragsfrage unterliegen der Urabstimmung, welche in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember vorgenommen wird.

Der Großkapitalismus wird noch härter.

Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Der neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...

Die painenlose Arbeitszeit in der Kriegsernährung.

Die neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Die neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Die neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...
Die neue deutsche Arbeiterzeitung hat sich für die Arbeiter...